

# Inhaltsübersicht

## Band I: Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht

- A. Grundlagen des Wirtschaftsverwaltungsrechts
- B. Wirtschaftsverfassungsrecht
- C. Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung
- D. Wirtschaftsverwaltungshandeln
- E. Wirtschaftsverwaltungskontrolle
- F. Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung

## Band II: Besonderes Wirtschaftsverwaltungsrecht

- G. Gewerberechtliche Grundlagen
  - § 45 Grundlagen des Gewerbeordnungs- und Anlagenrechts
  - § 46 Die Gewerbeordnung – Kerngesetz für Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung
- H. Spezielles Branchenrecht
  - § 47 Gaststättenrecht
  - § 48 Handwerksrecht
  - § 49 Personen- und Güterbeförderungsrecht
  - § 50 Energiewirtschaftsrecht
  - § 51 Medienwirtschaftsrecht
  - § 52 Kreislaufwirtschaftsrecht
  - § 53 Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht
  - § 54 Produktsicherheitsrecht
- I. Branchenübergreifende Querschnittsmaterien
  - § 55 Ladenöffnungsrecht
  - § 56 Subventionsrecht

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX
<b>G. Gewerberechtliche Grundlagen . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>§ 45 Grundlagen des Gewerbeordnungs- und Anlagenrechts . . . . .</b>	<b>1</b>
I. Zur Einordnung des Gewerberechts . . . . .	1
II. Rechtsgrundlagen und Entwicklung des Gewerberechts . . . . .	1
1. Die Gewerbeordnung und gewerberechtliche Spezialgesetze . . .	1
2. Die Gewerbeordnung als Grundgesetz des Gewerberechts. . . . .	2
3. Unionsrechtliche Grundlagen des Gewerberechts. . . . .	2
a) Niederlassungs-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	2
b) Die Berufsanerkenntnisrichtlinie . . . . .	3
c) Pro-Forma-Mitgliedschaft und weitere Modernisierung mitgliedstaatlicher Regelungen . . . . .	3
d) Die Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	4
e) Diskriminierungsverbot und Verwaltungszusammenarbeit . . . . .	5
f) Mitgliedstaatliche Regelungsvorbehalte im Gewerberecht . . . . .	5
III. Zur Reform des Gewerberechts . . . . .	6
1. Gescheiterte Reformversuche . . . . .	6
2. Erprobungsklausel als Reformersatz? . . . . .	7
3. Reform zwischen Deregulierung und Verrechtlichung. . . . .	7
4. Zur Zweckmäßigkeit eines Gewerbeordnungsbuches . . . . .	8
5. Zur Kodifikation des Allgemeinen Teils als erste Reformstufe . . . . .	9
6. Gewerbeordnunggebung nach der Föderalismusreform . . . . .	9
IV. Gewerbeamt als Sonderordnungs- und Wirtschaftsüberwachungsrecht . . . . .	10
V. Gewerberechtliche Zuständigkeiten . . . . .	11
1. Gewerbeordnungs- und Gewerbeaufsichtsbehörden . . . . .	11
2. Gewerbeordnung und einheitliche Ansprechpartner . . . . .	11
3. Gewerbeordnung und Spezialgesetze . . . . .	11
VI. Allgemeine Bemerkungen zum Gewerbebegriff. . . . .	12
1. Zur Teilregelung des Gewerbebegriffs . . . . .	12
2. Zur Vielfalt des Gewerbebegriffs. . . . .	13
a) Der klassische Gewerbebegriff im Wirtschaftsrecht . . . . .	13
b) Zur Geschäftstätigkeit von Wirtschaftsakteuren . . . . .	13
c) Zur Definition des Gewerbebegriffs . . . . .	13
3. Gewerbsmäßigkeit und Gewerbsfähigkeit. . . . .	14
4. Bagatellegewerbe . . . . .	14
VII. Einzelmerkmale der Gewerbsmäßigkeit. . . . .	15
1. Erlaubte Tätigkeit. . . . .	15
2. Gewinnerzielungsabsicht . . . . .	17
3. Selbstständige Tätigkeit und Scheinselbstständigkeit. . . . .	18
4. Fortgesetzte Tätigkeit . . . . .	19
VIII. Einzelmerkmale der Gewerbsunfähigkeit. . . . .	20

## Inhaltsverzeichnis

1.	Urproduktion . . . . .	20
2.	Verwaltung eigenen Vermögens . . . . .	21
3.	Wissenschaftliche, künstlerische und schriftstellerische Berufe . .	22
4.	Persönliche Dienstleistungen höherer Art und freie Berufe . . . .	23
a)	Rechtsgrundlagen der Freiberuflichkeit . . . . .	23
b)	Zur Freiberuflichkeit von Apothekern, IT- und Beratungsberufen . . . . .	24
c)	Zur Fragwürdigkeit der Sonderstellung der freien Berufe . .	25
d)	Jüngere Definitions- und Abgrenzungsversuche . . . . .	25
e)	Zur Deregulierung der freien Berufe . . . . .	26
f)	Zur Qualifizierung von Misch Tätigkeiten. . . . .	27
5.	Monopole der öffentlichen Hand . . . . .	28
IX.	Gewerbearten und Gewerbebefreiheit . . . . .	28
1.	Gewerbetypen . . . . .	28
2.	Gewerbebefreiheit als Gewerbezulassungsfreiheit . . . . .	29
a)	Gewerbebefreiheit als Rechtsprinzip und als subjektives Recht . . . . .	29
b)	Gewerbliche Tätigkeit von Ausländern . . . . .	29
c)	Die Gewerbezulassungsfreiheit. . . . .	30
3.	Gewerbebefreiheit und Gewerbeausübung. . . . .	30
4.	Keine Gewerbebefreiheit der öffentlichen Hand . . . . .	30
X.	Einzelpersonen und Gesellschaften als Gewerbetreibende. . . . .	31
XI.	Gewerberechtlicher Datenschutz . . . . .	32
XII.	Gewerbe- und Unternehmensregister . . . . .	33
1.	Gewerberegister . . . . .	33
2.	Handwerksrolle und Unternehmensverzeichnis . . . . .	33
3.	Unternehmensregister . . . . .	33
4.	Vermittlerregister . . . . .	33
5.	Gewerbezentralregister . . . . .	33
XIII.	Elektronisierung der Gewerbeverwaltung . . . . .	34
§ 46	Die Gewerbeordnung – Kerngesetz für Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung . . . . .	35
I.	Grundsätze und Struktur des stehenden Gewerbes . . . . .	35
1.	Gewerbliche Niederlassung . . . . .	35
2.	Anzeigepflicht . . . . .	36
a)	Zweck der Anzeigepflicht . . . . .	36
b)	Anzeigepflichtige Tatbestände . . . . .	37
c)	Rechtsnatur der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 GewO . .	38
3.	Dienstleistungs- Informationspflichten . . . . .	38
4.	Stellvertretung . . . . .	39
5.	Gewerbeuntersagung. . . . .	40
a)	Bedeutung der Gewerbeuntersagung. . . . .	40
b)	Anwendungsbereich. . . . .	40
c)	Gewerbeuntersagung durch Spezialvorschriften . . . . .	41
d)	Allgemeine Voraussetzungen der Gewerbeuntersagung . .	41
e)	Konkrete Tatsachen . . . . .	42
f)	Unzuverlässigkeit. . . . .	42

g)	Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Untersagung . . . . .	44
h)	Gewerbeuntersagungsverfahren . . . . .	45
i)	Schließung der Betriebs- oder Geschäftsräume als Vollstreckungsmaßnahme . . . . .	46
j)	Wiedergestattung des Gewerbes . . . . .	46
k)	Untersagung nach § 51 GewO . . . . .	47
6.	Auskunft und Nachschau . . . . .	47
7.	Erscheinungsformen des stehenden Gewerbes und Zulassungsbegriff . . . . .	47
8.	Formelle und materielle Gewerberechtswidrigkeit . . . . .	48
a)	Begriff und Anwendungsbereich . . . . .	48
b)	Stilllegung als Ermessensvorschrift . . . . .	49
c)	Stilllegung und Polizei- und Ordnungsrecht . . . . .	49
d)	Stilllegung und Vollstreckung . . . . .	49
9.	Formelle Gewerberechtswidrigkeit als Ordnungswidrigkeit und fehlende Zulassungskonzentration . . . . .	50
II.	Einzelne Personalerlaubnisse . . . . .	50
1.	Personalerlaubnisse in Spezialgesetzen . . . . .	50
2.	Zur Systematik der Personalerlaubnisse in der Gewerbeordnung . . . . .	50
3.	Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO) . . . . .	51
4.	Bewachungsgewerbe auf Seeschiffen (§ 31 GewO) . . . . .	52
5.	Schaustellung von Personen (§ 33a GewO) . . . . .	53
6.	Glücksspielrecht und sonstiges Spielrecht (§§ 33c ff. GewO) . . . . .	53
a)	Glücksspiele . . . . .	54
b)	Sonstige Spiele . . . . .	55
7.	Bewachungsgewerbe (§ 34a GewO) . . . . .	57
a)	Erlaubnisvoraussetzungen . . . . .	57
b)	Zur Novellierungsdiskussion . . . . .	58
8.	Versteigerergewerbe (§ 34b GewO) . . . . .	58
9.	Makler, Bauträger, Baubetreuer (§ 34c GewO) . . . . .	60
10.	Versicherungsvermittler und Versicherungsberater (§§ 34d und e GewO) . . . . .	60
11.	Finanzanlagenvermittler und Honorar-Finanzanlagenberater (§§ 34f–h GewO) . . . . .	62
12.	Immobiliardarlehensvermittler (§§ 34i und j GewO) . . . . .	62
13.	Öffentliche Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO) . . . . .	63
III.	Besonders überwachungsbedürftige Gewerbe . . . . .	64
1.	Gewerbeüberwachung zwischen Anzeige- und Zulassungspflicht . . . . .	64
2.	Zur Konzeption des besonders überwachungsbedürftigen Gewerbes . . . . .	65
3.	Anwendungsbereich des § 38 GewO . . . . .	65
4.	Einzelne Überwachungselemente . . . . .	66
5.	Unionsrechtliche Vorgaben . . . . .	66
IV.	Reisegewerbe . . . . .	66
1.	Begriff und Bedeutung . . . . .	66
a)	Reisegewerbe zwischen Liberalisierung und Verbraucherschutz . . . . .	66

# Inhaltsverzeichnis

b)	Modifizierter Gewerbebegriff . . . . .	67
c)	Das Schlüsselmerkmal „ohne vorhergehende Bestellung“ . .	68
2.	Erlaubnispflicht . . . . .	69
3.	Internationale Gewerbelegitimationskarte. . . . .	69
4.	Einstellung, Verhinderung und Geltungsbereich. . . . .	69
5.	Inhaltsbeschränkung und Nebenbestimmungen . . . . .	70
6.	Verbotene Tätigkeiten und Entziehung der Reisegewerbekarte. .	70
7.	Sonderfälle . . . . .	70
8.	Wanderlager . . . . .	71
V.	Messen, Ausstellungen, Märkte . . . . .	71
1.	Offenheit des Veranstaltungsbegriffs . . . . .	71
2.	Kommunale Veranstaltungen . . . . .	73
3.	Straßenrechtliche Veranstaltungen. . . . .	74
4.	Einzelne Veranstaltungstypen . . . . .	74
5.	Veranstaltungsprivilegien und Grenzen . . . . .	75
6.	Festsetzung, Versagung und Aufhebung von Veranstaltungen . .	76
7.	Veranstaltungsordnungen. . . . .	77
H.	Spezielles Branchenrecht . . . . .	78
§ 47	Gaststättenrecht . . . . .	78
I.	Das Gaststättenrecht zwischen Bundes- und Landesrecht. . . . .	78
1.	Die Entwicklungen im Überblick . . . . .	78
2.	Kernanforderungen des Bundesgaststättengesetzes und der Landesgaststättengesetze im Vergleich. . . . .	78
3.	Weitere Rechtsgrundlagen des Gaststättenrechts . . . . .	79
II.	Fokus: Bundesgaststättengesetz . . . . .	80
1.	Sachlicher Anwendungsbereich des Bundesgaststättengesetzes . .	81
2.	Gaststättenrechtliche Erscheinungsformen . . . . .	81
3.	Erlaubnispflicht und Versagung . . . . .	82
a)	Erlaubnispflicht des Gaststättengewerbes . . . . .	82
b)	Versagungsgründe . . . . .	83
c)	Formbedürftigkeit und Raumbezogenheit . . . . .	85
d)	Nebenbestimmungen und Stellvertretung. . . . .	85
e)	Gaststättenerlaubnis und andere Erlaubnisse . . . . .	86
f)	Gaststättenerlaubnis und Anzeigepflichten. . . . .	86
4.	Rücknahme, Widerruf und Erlöschen . . . . .	87
5.	Besondere Gaststättenerlaubnisse . . . . .	87
a)	Vorläufige Erlaubnis . . . . .	87
b)	Gestattung . . . . .	87
c)	Stellvertretererlaubnis. . . . .	88
6.	Erlaubnisfreie Gaststättenbetriebe . . . . .	88
7.	Ausübungsregelungen . . . . .	88
a)	Erbringung von Nebenleistungen . . . . .	88
b)	Allgemeine Ausübungsbeschränkungen . . . . .	88
8.	Auskunft und Nachschau . . . . .	90
§ 48	Handwerksrecht. . . . .	91
I.	Rechtsgrundlagen des Handwerksrechts . . . . .	91
1.	Unionsrechtliches Anerkennungs- und Liberalisierungsprinzip . .	91

2.	Nationales Recht und Selbstverwaltungsrecht . . . . .	91
II.	Zielsetzungen des Handwerksrechts . . . . .	92
1.	Erhaltung des Handwerks als Berufsstand . . . . .	92
2.	Keine unmittelbare Gefahrenabwehr . . . . .	92
3.	Die Gefahrenhandwerke der Anlage A . . . . .	92
III.	Unionsrechtliche und verfassungsrechtliche Diskussion der Meisterprüfung . . . . .	93
1.	Die Meisterprüfung auf dem Prüfstand des Unionsrechts . . . . .	93
2.	Meisterprüfung und Grundgesetz . . . . .	93
IV.	Handwerksbetrieb und Gewerbebetrieb . . . . .	94
1.	Der Handwerksbetrieb i. S. d. § 1 Abs. 2 HwO . . . . .	94
2.	Der Handwerksbetrieb als stehendes Gewerbe . . . . .	95
3.	Handwerksfähigkeit . . . . .	95
a)	Gewerbe im Sinne der Anlage A . . . . .	95
b)	Wesentliche Handwerkstätigkeiten . . . . .	96
V.	Handwerksmäßigkeit . . . . .	97
1.	Handwerksbetrieb und Industriebetrieb . . . . .	97
2.	Einzelne Abgrenzungskriterien . . . . .	98
3.	Handwerk als geistiges Werk . . . . .	99
VI.	Formen des Handwerksbetriebs . . . . .	99
1.	Der handwerkliche Nebenbetrieb . . . . .	99
2.	Der handwerkliche Hilfsbetrieb . . . . .	101
VII.	Handwerksrolle und Befähigungsnachweis . . . . .	101
1.	Meisterprüfung als Gewerbeerlaubnis . . . . .	101
2.	Personal der Anwendungsbereich der Handwerksrolleneintragung . . . . .	102
3.	Handwerksrolle und Handwerkskarte . . . . .	103
4.	Ausnahmebewilligungen . . . . .	103
a)	Ausnahmen für Deutsche ohne Meisterprüfung . . . . .	103
b)	Ausnahmen nach dem Berufsbildungsgesetz . . . . .	103
c)	Ausnahmen für EU- und EWR-Angehörige . . . . .	104
d)	Keine Ausnahmebewilligung für grenzüberschreitende Dienstleistungen . . . . .	104
5.	Handwerksrolleneintragung und der Betrieb anderer Handwerke . . . . .	104
a)	Arbeiten in anderen Handwerken bei Fachzusammenhang oder wirtschaftlicher Ergänzung . . . . .	104
b)	Betreiben verwandter Handwerke . . . . .	105
c)	Betreiben weiterer Handwerksgewerbe . . . . .	105
6.	Verwaltungszuständigkeiten . . . . .	106
VIII.	Stellvertretung und Fortführung . . . . .	106
IX.	Überwachung des Handwerksbetriebes und Löschung . . . . .	106
1.	Handwerksrechtliche Untersagung und Schließung . . . . .	106
2.	Gewerberechtliche Untersagung . . . . .	107
3.	Löschung in der Handwerksrolle . . . . .	107
X.	Das zulassungsfreie und das handwerksähnliche Gewerbe . . . . .	107
1.	Kennzeichen der Handwerksähnlichkeit . . . . .	107
2.	Begrenzte Anwendbarkeit der Handwerksordnung . . . . .	108
XI.	Berufsbildung im Handwerk und Ausbildungseignung . . . . .	109

# Inhaltsverzeichnis

§ 49 Personen- und Güterbeförderungsrecht	110
I. Grundlagen des Personen- und Güterbeförderungsrechts	110
1. Eingrenzungen	110
2. Rechtsgrundlagen	110
a) Internationales Recht	110
b) Unionsrecht	110
c) Nationales Recht	112
d) Räumlicher Geltungsbereich und grenzüberschreitender Verkehr	114
3. Ziele	114
II. Personenbeförderungsgesetz	115
1. Umfang der Genehmigungspflicht	115
2. Voraussetzungen der Genehmigung	116
3. Weitere Einzelheiten zur Genehmigung	117
III. Güterkraftverkehrsgesetz	118
1. Umfang der Erlaubnispflicht	118
2. Voraussetzungen der Erlaubnis	119
3. Weitere Einzelheiten zur Erlaubnis	119
§ 50 Energiewirtschaftsrecht	120
I. Regulierungsrechtliche Grundlagen im Energiewirtschaftsgesetz	120
1. Das Energiewirtschaftsgesetz als Regulierungsgesetz	120
2. Regulierungsziele	121
3. Regulierungsinstrumente	121
II. Herausforderung: Netzausbau	122
1. Das Akzeptanzproblem	122
2. Ein neues Infrastrukturrealisierungsmodell als Grundlage des Netzausbaus	122
3. Zweckmäßigkeitaspekte	124
4. Rechtliche Machbarkeit	125
5. Ausblick	126
§ 51 Medienwirtschaftsrecht	127
I. Bedeutung, Zielsetzung und Begriff des Medienwirtschaftsrechts	127
1. Historische und aktuelle Bedeutung des Medienwirtschaftsrechts als Regulierungsrecht	127
2. Zur Zielsetzung des Medienwirtschaftsrechts	128
3. Zum Begriff des Medienwirtschaftsverwaltungsrechts	129
II. Weltwirtschaftsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsrechts	129
1. Zur Internationalität des Medienwirtschaftsrechts	129
2. Internationaler Handel mit Telekommunikationsdienstleistungen	129
3. Internationale Bekämpfung der Internet-Kriminalität	130
4. Schutz vor geistiger Produktpiraterie	130
III. Unionsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsverwaltungsrechts	130
1. Medienwirtschaft versus Kultur	130
2. Medienwirtschaftsrecht als Ausdruck der Dienstleistungsfreiheit	131
a) Zum Dienstleistungscharakter	131
b) Zur Entgeltlichkeit der Dienstleistungen	132

3.	Schranken der Dienstleistungsfreiheit. . . . .	132
4.	Sendestaats- und Ursprungslandprinzip . . . . .	132
5.	Sekundärrechtliches Medienwirtschaftsverwaltungsrecht. . . . .	132
a)	Liberalisierung des staatsmonopolisierten Telekommunikationssektors . . . . .	133
b)	Erste Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung von Medientätigkeiten . . . . .	133
c)	Die weitere Vereinheitlichung elektronischer Kommunikationsdienste und Kommunikationsnetze . . . . .	133
d)	Keine Geltung der Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	134
6.	EU-Beihilferecht . . . . .	134
7.	Sonstige medienwirtschaftsrelevante Unionspolitiken . . . . .	135
8.	Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit . . . . .	135
IV.	Das nationale Recht der Informations- und Kommunikationsdienstwirtschaft. . . . .	136
1.	Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten . . . . .	136
2.	Gewährleistungsverantwortung des Bundes für Telekommunikationsdienstleistungen . . . . .	137
3.	Doppelzuständigkeit und Zusammenarbeit mit anderen Behörden . . . . .	138
4.	Die Rolle der Monopolkommission . . . . .	138
5.	EU-Regulierungsbehörde? . . . . .	138
V.	Die Ausgestaltung des Telekommunikationsrechts . . . . .	139
1.	Die Gesetzeszwecke der Telekommunikationsregulierung . . . . .	139
2.	Telekommunikationsrecht als Teil des Wirtschaftsüberwachungsrechts . . . . .	139
VI.	Das überwachungsrechtliche Instrumentarium des Telekommunikationsrechts . . . . .	140
1.	Das neue Rechtsregime der Aufnahmeüberwachung. . . . .	140
2.	Meldepflicht als Instrument der Aufnahmeüberwachung. . . . .	140
3.	Instrumente der Ausübungsüberwachung . . . . .	141
a)	Informationspflichten gegenüber der Bundesnetzagentur . . . . .	141
b)	Auskunftspflichten. . . . .	141
c)	Betreiberpflichten zur Ermöglichung der Fernmeldeüberwachung . . . . .	142
d)	Nummerierungspflichten von Betreibern und Anbietern und Befugnisse der Bundesnetzagentur . . . . .	142
e)	Untersagung der Betreiber- oder Anbieter-tätigkeit. . . . .	142
f)	Universaldienstleistungspflicht und Universaldienstleistungsabgaben . . . . .	142
4.	Frequenzüberwachung. . . . .	143
a)	Frequenzzuteilung als Allgemein- oder Einzelzuteilung . . . . .	143
b)	Spezielles Frequenzvergabeverfahren. . . . .	143
c)	Widerruf und Rücknahme der Frequenzzuteilung . . . . .	144
d)	Überwachung der Frequenznutzung . . . . .	144
e)	Frequenzhandel. . . . .	144
5.	Systemwechsel bei der Regulierungsfinanzierung . . . . .	144
VII.	Zur inhaltlichen Regulierung der Informations- und Kommunikationsdienste . . . . .	145

## Inhaltsverzeichnis

1.	Begriffliche Abgrenzungen . . . . .	145
a)	Zum Telemedienbegriff . . . . .	145
b)	Abgrenzung zu Telekommunikationsdiensten . . . . .	145
c)	Abgrenzung zum Rundfunk . . . . .	145
2.	Zulassungs- und Anmeldefreiheit der Telemediendienste . . . . .	146
3.	Zur Aufnahmeüberwachung bei Telemediendiensten . . . . .	146
a)	Gewerberecht . . . . .	146
b)	Banken- und Kreditwirtschaftsrecht . . . . .	146
c)	Telekommunikationsrecht . . . . .	146
4.	Zur Aufnahmeüberwachung bei Telemediendiensten . . . . .	147
a)	Gewerbe- und Telekommunikationsrecht . . . . .	147
b)	Verhältnis von Telemediendiensten und Rundfunk . . . . .	147
5.	Ausübungsüberwachung bei Telemediendiensten . . . . .	147
a)	Kennzeichnungs- und Sorgfaltspflichten, Werbung . . . . .	147
b)	Inhaltsüberwachung aus Gründen des Jugendschutzes . . . . .	147
6.	Organisation der Überwachung von Telemediendiensten . . . . .	147
VIII.	Kommunikationsdatenschutz und Zertifizierungsdiensteanbieter . . . . .	148
IX.	Zur internationalen kommunikationsrechtlichen Dimension . . . . .	148
§ 52	Kreislaufwirtschaftsrecht . . . . .	150
I.	Abfallwirtschaft . . . . .	150
1.	Abfallwirtschaft zwischen öffentlicher und privater Verantwortung . . . . .	150
2.	Abfallwirtschaft zwischen Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrecht . . . . .	151
II.	Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten . . . . .	152
1.	Die EU als Entsorgungsunion . . . . .	152
2.	Die mitgliedstaatliche Verantwortung für die Abfallwirtschaft . . . . .	152
3.	Landesrechtliche Regelungsspielräume . . . . .	153
4.	Selbstverwaltung und Vollzug . . . . .	153
III.	Abfall als Gegenstand des Kreislaufwirtschaftsrechts . . . . .	154
IV.	Zweck und Grundsätze der Abfallwirtschaft . . . . .	155
V.	Kreislaufwirtschaftsrechtliche Unternehmerpflichten und Selbstbeschränkungsabkommen . . . . .	156
1.	Das Pflichtenprogramm des KrWG . . . . .	156
2.	Duales System . . . . .	157
3.	Pfanderhebungspflicht für Einwegverpackungen . . . . .	157
VI.	Kreislaufwirtschaftsrechtliche Berufsfelder . . . . .	158
1.	Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen . . . . .	158
2.	Entsorgungsbetrieb . . . . .	158
3.	Betrieb von Abfallbeseitigungs- und Recyclinganlagen . . . . .	158
4.	Beauftragung Privater mit Entsorgungsaufgaben . . . . .	158
5.	Abholung von Verkaufs- und Serviceverpackungen sowie von Elektrogeräten . . . . .	159
VII.	Allgemeine Überwachung . . . . .	159
VIII.	Überwachung durch die Öffentlichkeit . . . . .	159
IX.	Abfallabgabe und Finanzgarantien . . . . .	159
X.	Abwasserwirtschaftsrecht . . . . .	160

§ 53 Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht . . . . .	161
I. Bedeutung und Entwicklung des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts . . . . .	161
1. Entwicklungslinien des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts . . . . .	161
2. Lebensmittelwirtschaftsrecht als Risikoverwaltungsrecht. . . . .	162
3. EG-Grünbuch und Weißbuch als Entwicklungsimpulse für das Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht . . . . .	163
4. Die Lebensmittelbasisverordnung als Kodifizierung der Unionspolitik . . . . .	163
II. Zweck und Begriff des Lebensmittelwirtschaftsrechts . . . . .	164
1. Gesundheits- und Verbraucherschutz . . . . .	164
2. Schutz vor Täuschung und Irreführung sowie Informationsrechte . . . . .	165
3. Wettbewerbsschutz und Lebensmittelsicherheit . . . . .	165
4. Lebensmittel- und Lebensmittelwirtschaftsrecht. . . . .	165
III. Rechtsgrundlagen des Lebensmittelwirtschaftsrechts . . . . .	166
1. Internationales Lebensmittelwirtschaftsrecht . . . . .	166
a) GATT/WTO-Recht . . . . .	166
b) Codex Alimentarius . . . . .	167
c) Staatsverträge . . . . .	167
2. Unionsrechtliches Lebensmittelwirtschaftsrecht . . . . .	167
a) Verwirklichung des Lebensmittelbinnenmarktes . . . . .	167
b) Die Verordnung über allgemeine Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts als Basisverordnung. . . . .	168
c) Das Lebensmittelhygienerecht als Sicherheitsstandard . . . . .	169
d) Die Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel . . . . .	170
e) Die Verordnung über Nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel. . . . .	171
3. Nationales und regionales Lebensmittelwirtschaftsrecht . . . . .	172
4. Das LFGB und seine Nebengesetze . . . . .	172
a) Grundkonzeption des LFGB . . . . .	172
b) Basisverordnung und LFGB . . . . .	173
5. Lebensmittelbuch und Richtlinien der Verbände . . . . .	173
IV. Die Regelungsgegenstände des LFGB . . . . .	174
1. Geschützter Personenkreis . . . . .	174
2. Verkehr mit Lebensmitteln. . . . .	174
3. Verkehr mit Futtermitteln . . . . .	176
4. Verkehr mit kosmetischen Mitteln. . . . .	176
5. Verkehr mit sonstigen Bedarfsgegenständen . . . . .	177
V. Marktfreiheit und Verbote des LFGB . . . . .	178
1. Das Lebensmittelrecht zwischen Marktfreiheit, Zulassung und Verboten. . . . .	178
2. Schutz der Gesundheit. . . . .	178
a) Verbote zum Schutz der Gesundheit . . . . .	178
b) Ermächtigungen zum Schutz der Gesundheit . . . . .	180
3. Schutz vor Täuschung. . . . .	181
a) Verbote zum Schutz vor Täuschung . . . . .	181

# Inhaltsverzeichnis

b) Ermächtigungen zum Schutz vor Täuschung . . . . .	182
VI. Lebensmittelorganisation und -überwachung . . . . .	182
1. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit . . . . .	183
2. Das Bundesinstitut für Risikobewertung. . . . .	183
3. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit . . . . .	183
4. Landesrechtliche Zuständigkeiten . . . . .	184
5. Überwachungsbefugnisse . . . . .	184
6. Pflichten der von Überwachungsmaßnahmen betroffenen Personen . . . . .	186
7. Organisation der Lebensmittelüberwachung . . . . .	187
8. Gewerbeuntersagung. . . . .	187
VII. Zur Unternehmerverantwortung für Lebens- und Futtermittel . . . . .	187
§ 54 Produktsicherheitsrecht . . . . .	188
I. Wirtschaftliche Bedeutung des Produktsicherheitsrechts. . . . .	188
II. Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten. . . . .	189
1. Unionsrechtliche Rechtsgrundlagen . . . . .	189
a) Kern- statt Vollharmonisierung . . . . .	189
b) Rechtsakte der Union. . . . .	189
2. Nationale Rechtsgrundlagen. . . . .	191
3. Europäische und nationale Normung. . . . .	191
4. Verwaltungszuständigkeiten . . . . .	192
III. Zielsetzungen, Prinzipien und Abgrenzung . . . . .	193
1. Ziele des Produktsicherheitsrechts. . . . .	193
2. Prinzipien des Produktsicherheitsrechts . . . . .	193
a) Vorsorgeprinzip. . . . .	193
b) Kooperationsprinzip . . . . .	194
c) Eigenverantwortungsprinzip . . . . .	194
d) Verhältnismäßigkeitsprinzip . . . . .	194
IV. Anwendungsbereich des Produktsicherheitsrechts . . . . .	194
1. Sachlicher Anwendungsbereich. . . . .	194
2. Persönlicher Anwendungsbereich . . . . .	195
V. Pflichtenprogramm . . . . .	195
VI. Überwachung der Produktsicherheit. . . . .	195
1. Marktüberwachung . . . . .	195
2. Anordnungsbefugnisse. . . . .	196
a) Produktsicherheitsrechtliche Generalklausel. . . . .	196
b) Standardmaßnahmen . . . . .	196
c) Behördenwarnungen . . . . .	196
d) Vorrang von Eigenmaßnahmen . . . . .	197
e) Adressat von Gefahrenabwehrmaßnahmen . . . . .	197
3. Überwachungsbefugnisse . . . . .	197
I. Branchenübergreifende Querschnittsmaterien . . . . .	198
§ 55 Ladenöffnungsrecht . . . . .	198
I. Rechtsgrundlagen . . . . .	198
1. Ladenöffnungsrecht als Querschnittsmaterie. . . . .	198
2. Ladenöffnungsrecht als Landeskompentenz . . . . .	198

II.	Anwendungsbereich der Ladenöffnungsgesetze. . . . .	198
1.	Feilhalten in Verkaufsstellen. . . . .	198
2.	Gewerbliches Feilhalten außerhalb von Verkaufsstellen . . . . .	199
3.	Zubehörverkauf. . . . .	200
III.	Zielsetzungen . . . . .	200
1.	Schutz der Konsum-, Unternehmer- und Arbeitnehmerfreiheit . .	200
2.	Ladenöffnungsrecht und Arbeitszeitrecht . . . . .	200
3.	Verbraucherschutz . . . . .	201
4.	Zum Sonn- und Feiertagsschutz . . . . .	201
IV.	Besondere Öffnungsbedürfnisse an Sonn- und Feiertagen. . . . .	201
1.	Ganztägiges Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen . . . . .	201
2.	Temporäres Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen . . . . .	202
V.	Zuständigkeiten . . . . .	202
VI.	Zur subjektivrechtlichen Stellung der Kirchen . . . . .	202
§ 56	Subventionsrecht . . . . .	203
I.	Subventionsrecht als Wirtschaftsförderungsrecht . . . . .	203
II.	Rechtsgrundlagen des Subventionsrechts . . . . .	203
1.	Der GATT/WTO Subventionskodex . . . . .	203
2.	Das EU-Beihilferecht. . . . .	203
3.	Rechtsgrundlagen des nationalen Subventionsrechts. . . . .	204
III.	Zur Vielfalt des Subventionsbegriffs . . . . .	205
1.	Verwaltungsrechtlicher Subventionsbegriff . . . . .	205
2.	Strafrechtlicher Subventionsbegriff . . . . .	205
3.	Rechtswissenschaftlicher Subventionsbegriff und EU-Beihilfebe- griff . . . . .	206
4.	Subventionsbegriff und Subventionsverhältnis. . . . .	207
IV.	Das Subventionsverhältnis als Rechtsverhältnis . . . . .	207
V.	Ansprüche, Ermessen und Beurteilungsspielraum . . . . .	208
VI.	Verwaltungsverfahren und Subventionszweck . . . . .	209
1.	Informelles Subventionsverfahren . . . . .	209
2.	Formelles Subventionsverfahren . . . . .	209
3.	Zur Konkretisierung des Subventionszwecks. . . . .	210
4.	Anhörungspflichten und Beachtung der Startverbotsklausel. . .	210
5.	Verfahrensabschluss und Sicherung des Rückzahlungsanspruchs	210
6.	Haushaltsinternes Verwaltungsverfahren . . . . .	211
VII.	Das EU-Beihilfeverfahren . . . . .	211
1.	Die Subventionsverfahrensverordnung als zentrale Regelungsma- terie . . . . .	211
2.	Verfahren bei angemeldeten neuen Beihilfen . . . . .	212
a)	Anmeldepflicht und Notifikationsverzicht . . . . .	212
b)	Die Mehrstufigkeit des präventiven Verfahrens. . . . .	214
3.	Verfahren bei rechtswidrigen Beihilfen. . . . .	217
4.	Verfahren bei missbräuchlicher Anwendung von Beihilfen . . .	218
5.	Verfahren bei bestehenden Beihilferegulungen . . . . .	218
6.	Verfahrensinstrumente zur Überwachung. . . . .	219
VIII.	Das GATT/WTO-Subventionsverfahren . . . . .	219
1.	Notifikations- und Überwachungsverfahren . . . . .	219
2.	Konsultationsverfahren und Abhilfemaßnahmen . . . . .	219

## Inhaltsverzeichnis

IX. Handlungsformen	219
1. Der Subventionsbewilligungsbescheid	220
2. Die vorläufige Subventionsbewilligung.	221
3. Subventionszusagen	221
4. Der öffentlich-rechtliche Subventionsvertrag.	222
5. Der privatrechtliche Subventionsvertrag.	223
X. Abwicklung von Subventionen	223
XI. Rückabwicklung von Subventionen	223
1. Aufhebungsentscheidung und Erstattungsanspruch	223
2. Rücknahme und Widerruf	224
a) Rücknahme eines Bewilligungsbescheides	224
b) Widerruf eines Bewilligungsbescheides	225
3. Zur Entbehrlichkeit von Widerruf und Rücknahme bei bedingter oder vorläufiger Subventionierung	225
4. Rücknahme und Widerruf als Ermessenshandlungen	226
5. Rückabwicklung unionsrechtswidriger Subventionen	226
a) Formelle und materielle Rechtswidrigkeit sowie missbräuchliche Anwendung von Beihilfen	226
b) Das anzuwendende Verfahrensrecht	227
c) Unionsrechtliche Ermessensbindungen	228
d) Zum Vertrauensschutz des Subventionsempfängers im Unionsrecht.	228
e) Rücknahmefrist und Unionsrecht.	229
f) Erstattungsanspruch und Verzögerungszinsen.	230
6. Rückabwicklung bei öffentlich-rechtlichem und privatrechtlichem Subventionsvertrag.	231
XII. Haushaltsrechtliche Subventionskürzung und Subventionseinstellung.	232
XIII. Subventionskontrolle	233
Stichwortverzeichnis	235